

Die NEW YORK TIMES veröffentlicht den vollständigen Bericht über die sehr unterschiedliche Behandlung von Nazis, die Zuflucht in den USA gefunden haben, den das US-Justizministerium nur sehr lückenhaft freigeben wollte.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 221/10 – 22.11.10

## **Ein Bericht bestätigt, dass die USA Nazis "eine sichere Zuflucht" gewährten**

Von Eric Lichtblau

THE NEW YORK TIMES, 13.11.10

( <http://www.nytimes.com/2010/11/14/us/14nazis.html> )

WASHINGTON – Die bisher verheimlichte Geschichte der Jagd der US-Regierung nach Nazis enthüllt, dass US-Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg vielen Nazis und ihren Kollaborateuren eine "sichere Zuflucht" in den USA gewährten, und dass es in den letzten Jahrzehnten wegen der Nazi-Kriegsverbrecher in den USA und im Ausland zu häufig im Verborgenen ausgetragenen Konflikten mit anderen Staaten gekommen ist.

Der 600-seitige Bericht, den das Justizministerium vier Jahren lang geheim zu halten versuchte, enthält neue Enthüllungen über mehr als zwei Dutzend Fälle aus den letzten dreißig Jahren, in denen es um berüchtigte Nazis geht. (Der Bericht mit dem Titel "The Office of Special Investigations: Striving for Accountability in the Aftermath of the Holocaust" [Das Büro für spezielle Nachforschungen: Die nachträgliche Suche nach für den Holocaust Verantwortlichen] ist aufzurufen unter <http://documents.nytimes.com/confidential-report-provides-new-evidence-of-notorious-nazi-cases?ref=us#p=1> .)

Der Bericht enthält auch Informationen über die Untersuchung, welche die US-Regierung nach dem Tod des Dr. Josef Mengele, des so genannten "Todesengels von Auschwitz", durchgeführt hat; ein Teil von dessen (noch behaarter) Kopfhaut wurde sogar zeitweise in einer Schublade im Büro eines Mitarbeiters des Justizministeriums aufbewahrt. (Informationen dazu sind auf S. 398 des oben verlinkten Berichtes nachzulesen.) Der Bericht enthält auch Angaben über den Lynchmord an einem ehemaligen Soldaten der Waffen-SS in New Jersey und über die verspätete Identifizierung eines KZ-Wächters, der zunächst als "Iwan der Schrecklichen" vom Lager Treblinka angesehen worden war.

Die Bericht stellt sowohl Erfolge als auch die Misserfolge des aus Rechtsanwälten, Historikern und Ermittlungsbeamten bestehenden Office of Special Investigations / OSI dar. (Infos dazu finden sich unter <http://www.ushmm.org/wlc/en/article.php?ModuleId=10007105> und [http://de.wikipedia.org/wiki/Office\\_of\\_Special\\_Investigations](http://de.wikipedia.org/wiki/Office_of_Special_Investigations) ); das OSI wurde 1979 geschaffen, um Nazis aufzuspüren.

Die belastendsten Enthüllungen des Berichts beziehen sich auf die Hilfe der CIA für untergetauchte Nazis. Wissenschaftler und bereits erstellte Berichte der Regierung haben zwar schon darauf hingewiesen, dass die CIA nach dem Zweiten Weltkrieg Nazis zur Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse befragte. (Weitere Infos zu dieser Praxis sind aufzurufen unter <https://www.cia.gov/library/center-for-the-study-of-intelligence/csi-publications/csi-studies/studies/97unclass/naziwar.html> .) Aber dieser Bericht geht bei der Dokumentation des Ausmaßes der Komplizenschaft und der (CIA-)Täuschungsmanöver weit über die bisherigen Erkenntnisse hinaus.

Der Bericht des Justizministeriums spricht von "Kollaboration der Regierung mit den Verfolgern (der Juden)" und bestätigt, Ermittler des OSI hätten herausgefunden, dass wichtigen Nazis "vorsätzlich" Zuflucht in den USA gewährt wurde, obwohl man über ihre (Nazi-)Vergangenheit Bescheid wusste. "Die USA, die stolz darauf sind, den Verfolgten eine sichere Zuflucht gewährt zu haben, gewährten sie – in geringerem Ausmaß – auch deren Verfolgern," wird in dem Bericht festgestellt.

Der Bericht dokumentiert auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung über die Zuverlässigkeit und die rechtliche Zulässigkeit von Zeugenaussagen von Holocaust-Überlebenden, (über Ereignisse) die Jahrzehnte zurücklagen. Der Bericht stellt fest, dass die Anzahl der Nazis, die es schafften, in die USA zu kommen, mit ziemlicher Sicherheit weit unter 10.000 und damit deutlich unter den bisherigen Annahmen der Regierung liegt.

Das Justizministerium hat sich seit 2006 geweigert, den Bericht zu veröffentlichen. Um einen Rechtsstreit zu vermeiden, hat es dem National Security Archive, einer privaten Forschungsgruppe (s. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/> ), letzten Monat eine stark redigierte Version ausgehändigt, in der viele Seiten aus juristischen und diplomatischen Gründen gelöscht worden waren (s. <http://www.nytimes.com/interactive/2010/11/14/us/14documents.html> ). Der NEW YORK TIMES liegt jetzt der vollständige Bericht vor. (s. <http://documents.nytimes.com/confidential-report-provides-new-evidence-of-notorious-nazi-cases?ref=us#p=1> )

Nach Auskunft des Justizministeriums ist der Bericht zwar das Produkt von sechs Jahren Arbeit, er sei aber niemals formell abgeschlossen worden und deshalb auch kein offizielles Dokument. Er weise "zahlreiche sachliche Fehler und viele Lücken auf," die aber nicht benannt wurden.

Seit der Gründung des OSI (im Jahr 1979) wurden mehr als 300 Nazis aus den USA ausgewiesen, ihrer (US-)Staatsbürgerschaft beraubt oder an der Einreise in die USA gehindert; in Jahr 2010 wurde das OSI mit einer anderen Behörde (des Justizministeriums) verschmolzen.

Zu den Nazis, denen von US-Geheimdiensten geholfen wurde, gehört nach dem Bericht auch der von der CIA angeworbene Otto von Bolschwing (s. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/17/17439/1.html> ), ein Mitarbeiter Adolf Eichmanns, der an der Entwicklung der Pläne beteiligt war, mit denen Deutschland "judenfrei" gemacht wurde; später arbeitete er in den USA für die CIA. In mehreren in dem Bericht erwähnten Memoranden überlegten CIA-Beamte was zu tun sei, wenn von Bolschwings Vergangenheit ans Licht käme – ob man sie einfach bestreiten oder sich mit "zeitbedingten mildernden Umständen" herausreden solle.

Als das Justizministerium 1982 von der Nazi-Vergangenheit von Bolschwings erfuhr, sollte er ausgewiesen werden, aber der 72-Jährige verstarb noch im gleichen Jahr.

In dem Bericht wird auch den Fall des Nazi-Wissenschaftlers Arthur L. Rudolph untersucht, der die Mittelwerk GmbH leitete (in der KZ-Häftlinge Hitlers "Wunderwaffe" V 2 montierten, s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Mittelwerk\\_GmbH](http://de.wikipedia.org/wiki/Mittelwerk_GmbH) ). Wegen seiner Kenntnisse im Bau von Raketen wurde er 1945 im Rahmen der Operation "Paperclip" (Büroklammer, s. <http://www.operationpaperclip.info/> und [http://de.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Overcast](http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Overcast), mit der Peenemünder Gruppe aus Raketenexperten um Wernher von Braun) in die USA gebracht; mit dieser Operation wurden Wissenschaftler für die USA rekrutiert, die vorher für Nazi-Deutschland gearbeitet hatten. Rudolph wurde von der NASA geehrt und gilt als eigentlicher Vater der Mondrakete Saturn V (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Saturn\\_%28Rakete%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Saturn_%28Rakete%29) ).

Der Bericht zitiert auch ein Memorandum der damaligen Nr. 2 des (US-)Justizministeriums aus dem Jahr 1949, in dem die Einwanderungsbehörde aufgefordert wird, Rudolph nach einem Aufenthalt in Mexiko wieder in die USA einreisen zu lassen, weil eine Verweigerung der Einreise "nachteilig für das nationalen Interesse" wäre.

Ermittler des Justizministeriums fanden später Beweise dafür, dass Rudolph an der Ausbeutung von Sklavenarbeitern im Mittelwerk viel aktiver beteiligt war, als er und der US-Geheimdienst zugegeben hatten, heißt es in dem Bericht.

Vertreter des Geheimdienstes protestierten, als das Justizministerium Rudolph 1983 ausweisen wollte; nach einem internen Memorandum sah das OSI darin eine Bestätigung für "der Komplizenschaft der US-Regierung mit den Nazi-Verbrechern".

Der Bericht enthüllt, dass auch das Justizministerium selbst manchmal Erkenntnisse zurückhielt, die seine Ermittler über die Anwesenheit von Nazis in den USA gewonnen hatten.

1980 beklagten die Ermittler in einem Antrag, dass in den Akten der CIA und des FBI bekannte Fakten über die Nazi-Vergangenheit eines ehemaliger Soldaten der Waffen-SS namens Tscherim Soobzokov unterschlagen worden waren. In dem Bericht heißt es dazu: Das Justizministerium wusste, dass Soobzokov bei seiner Ankunft in den USA die CIA über seine SS-Zugehörigkeit informiert hatte."

Nachdem sein Fall bekannt geworden war, gingen radikale jüdische Gruppen gewaltsam gegen Soobzokov vor; 1985 kam er nach einem Bombenanschlag auf sein Haus in Paterson, New Jersey ums Leben (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Tscherim\\_Soobzokov](http://en.wikipedia.org/wiki/Tscherim_Soobzokov) ).

Die Geheimnistuerei des Justizministeriums um den Bericht könnte für den Präsidenten Obama zum politischen Dilemma werden, denn er hatte versprochen, die transparenteste Regierung der US-Geschichte zu berufen. Deshalb hatte er das Justizministerium beauftragt, die Veröffentlichung von Regierungsdokumenten zu koordinieren.

Der Bericht über die Aufspürung von Nazis in den USA wurde von Mark Richard, einem führenden Rechtsberater des Justizministeriums, initiiert. 1999 überzeugte er die damalige Justizministerin Janet Reno (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Janet\\_Reno](http://de.wikipedia.org/wiki/Janet_Reno) ) davon, dass es Zeit wäre, einen kritischen Blick auf diesen heiklen Abschnitt der US-Geschichte zu werfen und übertrug diese Aufgabe der Karriere-Staatsanwältin Judith Feigin. Nachdem Richard 2006 die Endversion des Berichtes vorlag, forderte er von führenden Offiziellen (des Justizministeriums) dessen Veröffentlichung, die nach Aussagen von Kollegen aber abgelehnt wurde.

Als Richard an Krebs erkrankte, sagte er in einem Kreis von Freunden und Familienmitgliedern, die Veröffentlichung dieses Berichts gehöre zu den drei Dingen, die er vor seinem Tod noch gern erleben möchte. Er starb im Juni 2009, und Justizminister Eric H. Holder (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Eric\\_Holder](http://de.wikipedia.org/wiki/Eric_Holder) ) sprach auf seiner Beerdigung.

"Ich habe eine Woche vor seinem Tod noch mit ihm gesprochen, und er bemühte sich immer noch vergeblich um die Veröffentlichung des Berichtes," sagte Frau Feigin. "Es hat ihm das Herz gebrochen."

Nach Richards Tod forderten David Sobel, ein Rechtsanwalt aus Washington, und das National Security Archive unter Berufung auf den Freedom of Information Act (Infos dazu s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Freedom\\_of\\_Information\\_Act](http://de.wikipedia.org/wiki/Freedom_of_Information_Act) ), den Bericht endlich zu veröffentlichen.

Das Justizministerium wehrte sich zunächst heftig, überließ Rechtsanwalt Sobel aber schließlich eine Kopie, bei der mehr als 1.000 Passagen und Hinweise aus Datenschutzgründen und auf Grund interner Überlegungen gelöscht worden waren.

Laura Sweeney, eine Sprecherin des Justizministerium erklärte dazu, das Ministerium fühle sich zur Transparenz verpflichtet, und die Löschungen seien von erfahrenen Rechtsanwälten vorgenommen worden.

Der vollständige Bericht enthüllt auch (die in der teilweise gelöschten Kopie nicht enthaltene) Information, die das Justizministerium 1997 als unwiderlegbaren Beweis dafür bezeichnete, dass die Schweiz den Nazis Gold abkaufte, das von jüdischen Opfern des Holocausts stammte. Aber diese Erkenntnisse wurden genau so gelöscht wie die Belege für einen Streit über die Mitschuld der Schweiz, der in den Monaten vor der Aufnahme dieser Erkenntnisse in den Bericht zwischen dem Justiz- und dem Außenministerium (der USA) ausgetragen worden war.

Ein weiterer Abschnitt beschreibt eine Reihe von Treffen, die im Jahr 2000 zwischen Vertretern der USA und Lettlands stattfanden, als "schrecklichen Misserfolg"; dabei war es nicht gelungen, Lettland zur Verfolgung von Personen zu veranlassen, die unter dem Verdacht standen, Nazis gewesen zu sein. Auch diese Passage wurde gelöscht.

Gelöscht wurden auch Aufzeichnungen über makabre, aber wenig bekannte historische Details, zum Beispiel der Hinweis, dass ein Direktor des OSI zeitweise ein Stück der Kopfhaut des Dr. Mengele in seinem Schreibtisch aufbewahrte, weil man hoffte, damit nachweisen zu können, dass dieser tot war.

Das Kapitel über Dr. Mengele, einen der schlimmsten Nazis, der sich seiner Bestrafung durch Flucht entzogen hatte, dokumentiert die umfangreichen Bemühungen, die das OSI Mitte der 1980er Jahre unternommen hat, um herauszufinden, ob Mengele in die USA geflohen war und vielleicht noch dort lebte.

Es beschreibt, wie die Ermittler mit Hilfe von Briefen und Tagebüchern, die Dr. Mengele nachweislich in den 1970er Jahren geschrieben hatte, und durch die Auswertung von Zahnarzt-Unterlagen und Münchener Telefonbüchern seine Spur zu verfolgen versuchte.

Nach Entwicklung der DNA-Tests konnte durch Auswertung des Stückes Kopfhaut, das die brasilianischen Behörden (nach der Exhumierung der Leiche Mengeles) den US-Behörden überlassen hatte, nachgewiesen werden, dass Dr. Mengele nach Brasilien geflohen und dort wahrscheinlich 1979 gestorben war, ohne jemals in den USA gewesen zu sein. Die in dem Bericht enthaltenen Informationen über die Kopfhaut des Dr. Mengele waren in der Kopie "zum Schutz der Privatsphäre" gelöscht worden.

Sogar Dokumente, die lange vorher der Öffentlichkeit zugänglich waren, zum Beispiel Gerichtsentscheidungen, Kongressprotokolle und Titelgeschichten aus Zeitungen aus den 1970er Jahren waren aus der Kopie entfernt worden.

Auch in dem Kapitel über den Misserfolg des OSI, der die meisten Veröffentlichungen nach sich zog – über den Fall des pensionierten US-Automobilarbeiters John Demjanjuk (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/John\\_Demjanjuk](http://de.wikipedia.org/wiki/John_Demjanjuk)), der irrtümlich für "Iwan den Schrecklichen", einen KZ-Wächter in Treblinka gehalten worden war, hat man viele Details gelöscht, auch einen Teil einer Entscheidung, in der ein US-Berufungsgericht moralische Bedenken gegen Offizielle des Justizministeriums erhoben hatte.

In der Kopie des Berichts fehlt in diesem Kapitel auch eine Passage, aus der hervorgeht, dass es lettischen Emigranten, die mit Demjanjuk sympathisierten, geschafft haben, in den Jahren 1985 bis 1987 täglich den Müll des OSI zu durchsuchen, weil sie geheime Dokumente zu finden hofften, die Demjanjuk entlasteten. Demjanjuk steht zurzeit wegen anderer Kriegsverbrechen in München vor Gericht. (Er ist angeklagt, als KZ-Wächter in Sobibor an der Ermordung von Tausenden Häftlingen beteiligt gewesen zu sein.)

Frau Feigin erklärte, sie sei sehr verwundert gewesen, weil das Justizministeriums versucht habe, einen wichtigen Teil seiner Geschichte so lange geheim zu halten. Sie meinte: "Das ist eine erstaunliche Geschichte, die unbedingt erzählt werden muss."

*(Wir haben den Artikel, der keines Kommentars bedarf, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und zusätzlichen Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

## The New York Times

November 13, 2010

### **Nazis Were Given 'Safe Haven' in U.S., Report Says**

By ERIC LICHTBLAU

WASHINGTON — A secret history of the United States government's Nazi-hunting operation concludes that American intelligence officials created a "safe haven" in the United States for Nazis and their collaborators after World War II, and it details decades of clashes, often hidden, with other nations over war criminals here and abroad.

The 600-page report, which the Justice Department has tried to keep secret for four years, provides new evidence about more than two dozen of the most notorious Nazi cases of the last three decades.

It describes the government's posthumous pursuit of Dr. Josef Mengele, the so-called Angel of Death at Auschwitz, part of whose scalp was kept in a Justice Department official's drawer; the vigilante killing of a former Waffen SS soldier in New Jersey; and the government's mistaken identification of the Treblinka concentration camp guard known as Ivan the Terrible.

The report catalogs both the successes and failures of the band of lawyers, historians and investigators at the Justice Department's Office of Special Investigations, which was created in 1979 to deport Nazis.

Perhaps the report's most damning disclosures come in assessing the Central Intelligence Agency's involvement with Nazi émigrés. Scholars and previous government reports had acknowledged the C.I.A.'s use of Nazis for postwar intelligence purposes. But this report goes further in documenting the level of American complicity and deception in such operations.

The Justice Department report, describing what it calls "the government's collaboration with persecutors," says that O.S.I investigators learned that some of the Nazis "were indeed knowingly granted entry" to the United States, even though government officials were aware of their pasts. "America, which prided itself on being a safe haven for the persecuted, became — in some small measure — a safe haven for persecutors as well," it said.

The report also documents divisions within the government over the effort and the legal pitfalls in relying on testimony from Holocaust survivors that was decades old. The report also concluded that the number of Nazis who made it into the United States was almost certainly much smaller than 10,000, the figure widely cited by government officials.

The Justice Department has resisted making the report public since 2006. Under the threat of a lawsuit, it turned over a heavily redacted version last month to a private research group, the National Security Archive, but even then many of the most legally and diplomatically sensitive portions were omitted. A complete version was obtained by The New York Times.

The Justice Department said the report, the product of six years of work, was never formally completed and did not represent its official findings. It cited “numerous factual errors and omissions,” but declined to say what they were.

More than 300 Nazi persecutors have been deported, stripped of citizenship or blocked from entering the United States since the creation of the O.S.I., which was merged with another unit this year.

In chronicling the cases of Nazis who were aided by American intelligence officials, the report cites help that C.I.A. officials provided in 1954 to Otto Von Bolschwing, an associate of Adolf Eichmann who had helped develop the initial plans “to purge Germany of the Jews” and who later worked for the C.I.A. in the United States. In a chain of memos, C.I.A. officials debated what to do if Von Bolschwing were confronted about his past — whether to deny any Nazi affiliation or “explain it away on the basis of extenuating circumstances,” the report said.

The Justice Department, after learning of Von Bolschwing’s Nazi ties, sought to deport him in 1981. He died that year at age 72.

The report also examines the case of Arthur L. Rudolph, a Nazi scientist who ran the Mittelwerk munitions factory. He was brought to the United States in 1945 for his rocket-making expertise under Operation Paperclip, an American program that recruited scientists who had worked in Nazi Germany. (Rudolph has been honored by NASA and is credited as the father of the Saturn V rocket.)

The report cites a 1949 memo from the Justice Department’s No. 2 official urging immigration officers to let Rudolph back in the country after a stay in Mexico, saying that a failure to do so “would be to the detriment of the national interest.”

Justice Department investigators later found evidence that Rudolph was much more actively involved in exploiting slave laborers at Mittelwerk than he or American intelligence officials had acknowledged, the report says.

Some intelligence officials objected when the Justice Department sought to deport him in 1983, but the O.S.I. considered the deportation of someone of Rudolph’s prominence as an affirmation of “the depth of the government’s commitment to the Nazi prosecution program,” according to internal memos.

The Justice Department itself sometimes concealed what American officials knew about Nazis in this country, the report found.

In 1980, prosecutors filed a motion that “misstated the facts” in asserting that checks of

C.I.A. and F.B.I. records revealed no information on the Nazi past of Tscherim Soobzokov, a former Waffen SS soldier. In fact, the report said, the Justice Department “knew that Soobzokov had advised the C.I.A. of his SS connection after he arrived in the United States.”

(After the case was dismissed, radical Jewish groups urged violence against Mr. Soobzokov, and he was killed in 1985 by a bomb at his home in Paterson, N.J. )

The secrecy surrounding the Justice Department’s handling of the report could pose a political dilemma for President Obama because of his pledge to run the most transparent administration in history. Mr. Obama chose the Justice Department to coordinate the opening of government records.

The Nazi-hunting report was the brainchild of Mark Richard, a senior Justice Department lawyer. In 1999, he persuaded Attorney General Janet Reno to begin a detailed look at what he saw as a critical piece of history, and he assigned a career prosecutor, Judith Feigin, to the job. After Mr. Richard edited the final version in 2006, he urged senior officials to make it public but was rebuffed, colleagues said.

When Mr. Richard became ill with cancer, he told a gathering of friends and family that the report’s publication was one of three things he hoped to see before he died, the colleagues said. He died in June 2009, and Attorney General Eric H. Holder Jr. spoke at his funeral.

“I spoke to him the week before he died, and he was still trying to get it released,” Ms. Feigin said. “It broke his heart.”

After Mr. Richard’s death, David Sobel, a Washington lawyer, and the National Security Archive sued for the report’s release under the Freedom of Information Act.

The Justice Department initially fought the lawsuit, but finally gave Mr. Sobel a partial copy — with more than 1,000 passages and references deleted based on exemptions for privacy and internal deliberations.

Laura Sweeney, a Justice Department spokeswoman, said the department is committed to transparency, and that redactions are made by experienced lawyers.

The full report disclosed that the Justice Department found “a smoking gun” in 1997 establishing with “definitive proof” that Switzerland had bought gold from the Nazis that had been taken from Jewish victims of the Holocaust. But these references are deleted, as are disputes between the Justice and State Departments over Switzerland’s culpability in the months leading up to a major report on the issue.

Another section describes as “a hideous failure” a series of meetings in 2000 that United States officials held with Latvian officials to pressure them to pursue suspected Nazis. That passage is also deleted.

So too are references to macabre but little-known bits of history, including how a director of the O.S.I. kept a piece of scalp that was thought to belong to Dr. Mengele in his desk in hopes that it would help establish whether he was dead.

The chapter on Dr. Mengele, one of the most notorious Nazis to escape prosecution, details the O.S.I.’s elaborate efforts in the mid-1980s to determine whether he had fled to the United States and might still be alive.



It describes how investigators used letters and diaries apparently written by Dr. Mengele in the 1970s, along with German dental records and Munich phone books, to follow his trail.

After the development of DNA tests, the piece of scalp, which had been turned over by the Brazilian authorities, proved to be a critical piece of evidence in establishing that Dr. Mengele had fled to Brazil and had died there in about 1979 without ever entering the United States, the report said. The edited report deletes references to Dr. Mengele's scalp on privacy grounds.

Even documents that have long been available to the public are omitted, including court decisions, Congressional testimony and front-page newspaper articles from the 1970s.

A chapter on the O.S.I.'s most publicized failure — the case against John Demjanjuk, a retired American autoworker who was mistakenly identified as Treblinka's Ivan the Terrible — deletes dozens of details, including part of a 1993 ruling by the United States Court of Appeals for the Sixth Circuit that raised ethics accusations against Justice Department officials.

That section also omits a passage disclosing that Latvian émigrés sympathetic to Mr. Demjanjuk secretly arranged for the O.S.I.'s trash to be delivered to them each day from 1985 to 1987. The émigrés rifled through the garbage to find classified documents that could help Mr. Demjanjuk, who is currently standing trial in Munich on separate war crimes charges.

Ms. Feigin said she was baffled by the Justice Department's attempt to keep a central part of its history secret for so long. "It's an amazing story," she said, "that needs to be told."

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**